

Greifenhagener Kreis-Zeitung

Ämtliches Kreisblatt für den Kreis Greifenhagen

Nr. 127.

Donnerstag, den 30. Oktober 1919.

75. Jahrg.

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung betr. Fettversorgung.

En der Woche vom 2. bis 8. November kommen pro Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung

50 g Butter

und 50 g Margarine

auf die laufenden Buttermarken zur Verteilung.

Die Ortsbehörden ersuchen wir Vorstehendes ortsüblich bekannt zu machen und die Butterstellen rechtzeitig mit Anweisung zu versehen.

Greifenhagen, den 28. Oktober 1919.

Der Kreisauschuß. Koehler.

1. Anordnung über Höchstpreise für Zucker.

Auf Grund des Reichsgesetzes vom 4. August 1914, betreffend Höchstpreise und der dazu ergangenen Abänderungs- und Ausführungsbestimmungen und in Verbindung mit der Bekanntmachung über den Verkehr mit Brauchszucker vom 14. September 1916 (R. G. Bl. S. 1032) wird für den Kreis Greifenhagen folgendes angeordnet:

§ 1.

Der Höchstpreis im Kleinhandel beträgt für ein Pfund Brauchszucker

96 Pfg.

§ 2.

Der Höchstpreis ist in den Verkaufsräumen für die Käufer sichtbar anzuschlagen.

§ 3.

Zuwiderhandlungen werden nach dem Gesetz mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark bestraft.

§ 4.

Diese Anordnung tritt mit dem 1. November 1919 in Kraft. Gleichzeitig wird die Anordnung vom 22. August 1919 (Kreisblatt Nr. 99) aufgehoben.

Greifenhagen, den 27. Oktober 1919.

Der Kreisauschuß. Koehler.

Veröffentlicht. Die Erhöhung des Zuckerspreises ist infolge erheblicher Erhöhung des Preises für Zuckerrüben usw. erforderlich geworden.

Die Ortsbehörden ersuche ich, Vorstehendes ortsüblich bekannt zu machen und insbesondere zur Kenntnis der Kaufleute zu bringen.

Greifenhagen, den 27. Oktober 1919.

Der Landrat. Koehler.

Bekanntmachung betr. Getreideausmahlung.

Das Direktorium der Reichsgetreidestelle hat den Mindestsatz, bis zu dem die zur Brotmehlerstellung bestimmten Mengen an Brotgetreide und Gerste auszumahlen sind, gemäß § 18 Abs. 1 g der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 vom 16. Oktober 1919 ab bei Roggen auf 82 v. H., bei Weizen auf 80 v. H. und bei Gerste auf 75 v. H. herabgesetzt.

Diese Festsetzung gilt ganz allgemein für Getreide, das die Reichsgetreidestelle oder ein selbstwirtschaftender Kommunalverband oder die Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe zwecks Verwendung zur menschlichen Ernährung ausmahlen lassen.

Berlin W 50, den 26. September 1919.

Preussisches Landesgetreideamt.

gez. Siemann.

Veröffentlicht.

Die Mühlen sind verpflichtet, an Selbstversorger vom 16. Oktober 1919 ab zu verabfolgen:

für 1 Ztr. Roggen 82 Pfund Mehl und 14 Pfund Kleie

" " " Weizen 80 " " " 16 " "

" " " Gerste 75 " " " 21 " "

und die sonst noch verbleibenden Abfälle.

Die Ortsbehörden ersuche ich vorstehendes sofort ortsüblich bekannt zu machen und es insbesondere zur Kenntnis der Mühlen zu bringen.

Greifenhagen, den 29. Oktober 1919.

Der Kreisauschuß. Koehler.

Bekanntmachung betr. Zuckerkarten des Kreises Saagig.

Die Kleinhandler des hiesigen Kreises dürfen bis auf weiteres Novembermarken des Kreises Saagig nicht bestellern.

Die Ortsbehörden ersuchen wir vorstehendes sofort zur Kenntnis der Kleinhandler zu bringen.

Greifenhagen, den 27. Oktober 1919.

Der Kreisauschuß. Koehler.

Bekanntmachung.

Die Ortsbehörden des Kreises erinnere ich an pünktliche Einsendung der Nachweisung über die zur Ausführung gelangten Haus- und Notschlachtungen bis zum 3. n. Mts.

Greifenhagen, den 28. Oktober 1919.

Der Landrat. Koehler.

Der Arbeiterrat Greifenhagen. J. A. Albrecht.

Bekanntmachung.

Die Brücke Marienthal auf dem Wege Wildenbruch - Bahn wird wegen Reparatur vom 1. November ab auf 8 Tage gesperrt, was hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird.

Wildenbruch, den 25. Oktober 1919.

Der Amtsvorsteher. Fuß.

Bekanntmachung.

Unter den Pferdebeständen der hiesigen Abdeckerei ist die Räude amtstierärztlich festgestellt worden.

Greifenhagen, den 27. Oktober 1919.

Die Polizeiverwaltung.

Amerikanische Methoden.

Wie Lord George mit dem Generalstreik der britischen Eisenbahner fertig geworden ist, haben wir alle noch frisch im Gedächtnis: tatkräftigste Fürsorge für die Aufrechterhaltung des notwendigen Güterverkehrs, unbedingtes Verlangen nach vorbehaltloser Wiederaufnahme der Arbeit, und Bereitwilligkeit, danach mit den Ausständigen über diesen oder jenen Keil ihrer Forderungen ordnungsgemäß zu verhandeln. Gestützt auf diese vollkommen geschlossene öffentliche Meinung seines Volkes, konnte er so in wenigen Tagen auf einen der größten Triumphe seines Lebens zurückblicken. Jetzt scheint sich das gleiche Spiel in den Vereinigten Staaten von Nordamerika abspielen zu wollen. Wir werden sehen, ob sich auch dort ein Lord George findet, der den Drachen der landerwütenden Zwietracht mit gewaltigen Streichen zu erlegen versteht.

Anstalten dazu werden bereits getroffen. Hier sind es die Kohlenarbeiter, die im vordersten Treffen stehen. Seit Monaten wird mit ihnen darüber verhandelt, wie die wirtschaftlichen Folgen der Kriegsbeteiligung am besten zu überwinden seien, aber selbst Herr Wilson hat schließlich keinen Ausweg und keine Vermittlung zu finden vermocht; er, vor dessen Wort sich fast ganz Europa gebeugt hat, ließ bei der Arbeiterschaft seines eigenen Landes auf unüberwindliches Widerstreben. Auch ein letzter Versuch, durch Veranstaltung einer sogenannten Industriekonferenz den ganzen unheilwangeren Konfliktstoff in einem ungeheuren Drei von verbündungstriefenden Reden und über alle mahnen Abgründe hinwegzanzelnden Beschüssen aufzulösen, ist kläglich mißlungen — es nützt jetzt alles nichts mehr, es muß endlich gepuffen werden in Amerika, nachdem beide Teile, Kapitalisten wie Arbeiter, sowie Zeit mit Mundspitzen verloren haben. Und wie nicht anders zu erwarten war, stellt sich die Staatsgewalt entschlossen mit beiden Füßen auf die Seite des Kapitals gegen die Arbeiter. Das Kabinett in Washington hat die Exekutivgewalt des Präsidenten an sich gezogen und ein Manifest erlassen, worin der für nächsten Sonntag angekündigte Streik der Kohlenarbeiter für ungesetzlich erklärt wird. Die Streikführer werden aufgefordert, alle Streikbefehle sofort zu widerrufen. Der Senat ist dabei, eine Entschließung zu fassen, durch die dem Kabinett die volle Unterstützung des Kongresses in dieser Sache zugesichert wird; insbesondere soll er beabsichtigen, einen sich etwa entwickelnden Eisenbahnstreik von vornherein für verboten zu erklären. Auf der Gegenseite wird mit sofortiger Arbeitsniederlegung gedroht, falls es wirklich dazu kommen sollte. Die Bergarbeiter fordern eine 60prozentige Lohnerhöhung und die dreißigtägige Arbeitswoche, was für die Gesamtwirtschaft eine jährliche Mehrbelastung von einer Milliarde Dollar bedeuten würde, gleich einer Steuer von 10 Dollar auf den Kopf der Bevölkerung. Also es lohnt schon, um dieses Objekt zu kämpfen.

Indessen, ob die amerikanische Regierung ebenso leichten Spiels davon kommen wird, wie es der englischen beschieden war, ist trotz der Gleichheit der Mittel, deren sie sich jetzt zur Abwehr bedienen will, noch sehr die Frage. Das amerikanische Volk hat nicht entfernt das Maß von nationaler Schulung durchgemacht, auf das die Briten zurückblicken, und sie entbehren der unbeirrbareren Sicherheit des nationalen Instinktes zum mindesten in denjenigen Fragen, bei denen das Ausland nicht beteiligt ist. Und der amerikanische Arbeiter glaubt, wenn er die Grundindustrie oder das Verkehrsleben zum Stillstand bringen will, weniger das Allgemeininteresse gefährdet als die Profite des alles beherrschenden Großkapitals, von dem er ganz genau weiß, daß es mit den hohen Regierungsmännern in Washington nicht viel weniger verwandt und verwandt ist als mit den sehr ehrenwerten Mitgliedern der beiden Häuser des Kongresses. Die Sauberkeit des öffentlichen Lebens in Amerika läßt viel zu sehr zu wünschen übrig. Das muß sich rächen in einem Machtkampf, in dem der ohnehin stärkere Gegner noch die ganze Staatsgewalt auf seine Seite bringt. Jedenfalls werden Recht und Moral hier anders verteilt sein als es in England der Fall war. So wird es denn wohl auch

einer größeren Brutalität bedürfen, um die amerikanischen Arbeiter unter das Machtgebot des Staates zu beugen.

Es trifft sich gut, daß dieser Kampf in demselben Augenblick entbrennen will, da die erste, von dem noch nicht existierenden Völkerverbund einberufene internationale Arbeiterkonferenz in Washington zusammentreten soll. Der Anschauungsunterricht, den die Herren zu gewärtigen haben, wird sie hoffentlich vor Beschlüßfassungen bewahren, die im besten Falle eine Vermehrung der internationalen Matulatur darstellen. Es gibt wahrlich jetzt Besseres zu tun auf der Welt.

Scheuch und Ludendorff.

Erklärung des ehemaligen Kriegesministers.

Der Vorwurf Ludendorffs in seinen „Kriegserinnerungen“, der Kriegesminister habe sich im Oktober 1918 nicht schüden vor den Kaiser und das Heer gestellt, ist von General Scheuch nicht zurückgezogen worden, obwohl der frühere Kriegesminister es wiederholt versucht hat, ihn von der Unrichtigkeit des Vorwurfs zu überzeugen. General Scheuch veröffentlicht jetzt eine Erklärung, die sich gegen Ludendorffs Vorgehen wendet. In der Erklärung Scheuchs heißt es zum Schluß: „General Ludendorff beharrt dabei, daß seine Behauptung wahr, seine Beweisführung richtig sei. Mit der gleichen Begründung verweigert er auch die von mir geforderte persönliche Genugtuung für die schwere Ehrenkränkung. Ich sehe mich gezwungen, nunmehr auf Richtigkeitstellung in der Öffentlichkeit hinzuwirken, und überlasse es dem Urteil derjenigen, die wirklich nüchtern urteilen wollen, den Wert einer solchen Erinnerung richtig einzuschätzen. Ich bedauere es sehr, zu dem Schritt in die Öffentlichkeit gezwungen zu sein. Vom Deutschen Offiziersbund will ich aber diesen Streit zwischen General Ludendorff und mir fernhalten. Ich werde daher den Vorfall niederlegen.“

„Die rheinische Mark.“

Der neueste französische Rädert

Daß die Rheinlande deutsch sind und bleiben wollen, paßt den Franzosen ganz und gar nicht. Mit allen Mitteln versucht man, die Rheinländer ins französische Lager zu locken. Im Hinblick auf den Tiefstand der Mark hat nun der „Zempis“ ein neues Mittelchen entdeckt. Er behauptet nämlich, daß nach Inkrafttreten des Friedensvertrages, wenn die geschäftlichen Transaktionen wieder frei würden, offenbar die Deutschen die Absicht hätten, den Preis der Waren zu erhöhen, weil gesagt werde, er entspreche nicht dem hohen Getreidepreis, den hohen Löhnen, dem Preis der Kohlen und schädige den Markkurs. Man scheine die Absicht zu haben, sagt „Zempis“, durch diese Preiserhöhung den Kredit Deutschlands wiederherzustellen, indem man eine allgemeine Lebensverwertung organisiere. Wenn man voraussetze, daß das Deutsche Reich gezwungen sei, um seinen Kurs zu verbessern, zu einem derartigen homöopathischen Mittel zu greifen, dann müsse man bemerken, daß die Rheinlande für sich genommen nicht unbedingt darin begriffen sein müßten. Das Rheinland sei sehr reich. Wenn man ihm Rohstoffe liefere, so könne es so viel ausführen, daß, wenn man die rheinische Mark abstempele würde, der Kurs rasch höher stehen würde als der der andern deutschen Banknoten. Das Rheinland hätte also gar kein Interesse, unter das wirtschaftliche Regime zu fallen, das das übrige Deutsche Reich annehmen werde, ein Regime, das doch die vollkommene Freiheit des Austausches nur unter der Bedingung wieder herbeiführen könne, wenn die Preise stark in die Höhe gingen. Die Rheinlande hätten also ein Recht, ein besonderes wirtschaftliches Regime zu verlangen, wenn der Friedensvertrag in Kraft getreten sei.

Der Kampf um den Völkerverbund.

Amerikas Vorbehalte.

Summum erstmal seit Beginn der Senatsdebatten wird jetzt ernstlich von der Möglichkeit gesprochen, daß Amerika weder ratifizieren, noch dem Völkerverbund beitreten wird. Die Möglichkeit, daß die Ablehnung des Vertrages von den Anhängern Wilsons ausgehen werde, ist zwar erstaunlich, aber die Ursache dafür ist in der Gegnerschaft der Mehrheit von Senatoren gegen die Vorbehalte zu suchen. Der demokratische Senator Reed hat einen neuen Vorbehalt vorgeschlagen des Inhalts, daß Amerika sich das Recht vorbehalte, selbst zu bestimmen, welche Fragen seine Ehre und seine Lebensinteressen beeinträchtigen. Derartige Angelegenheiten würden dem Urteil des Rates oder der Versammlung des Völkerverbundes oder irgendeiner anderen Vertretung des Bundes nicht unterliegen, noch auch der Entscheidung oder irgendwelchen Anträgen irgendeiner anderen Macht. „New York World“ bemerkt, daß die Annahme eines derartigen Artikels die deutsche Diplomatie aus der Zeit vor dem Kriege rechtfertigen würde. Die Freunde Wilsons wollen lieber den Friedensvertrag ganz und gar verwerfen, als eine derartige Abänderung annehmen. Man glaubt, daß der Kampf um den Völkerverbund jetzt ernstlich beginnt.

Die Stammesart der Deutschböhmen.

Widerlegung tschech-slowakischer Märchen.

Aber die Zusammenhänge zwischen den Deutschböhmen und den andern deutschen Stämmen veranlassen die gewene Landeshauptmann von Deutschböhmen und ehemalige Abgeordnete des österreichischen Parlaments Rudolf